

KURZ UND PRÄGNANT

Menschenunwürdige Abschiebung

Die am 4. Januar stattgefundene menschenunwürdige Abschiebung einer Roma-Familie aus dem Landkreis Altenburger Land nach Serbien belegt die Dringlichkeit des Landtagsantrages der LINKEN und der GRÜNEN. Die beiden Fraktionen hatten im Dezember gefordert, auf Abschiebungen insbesondere von Roma im Rahmen eines Wintererlasses zu verzichten. „Es ist schlichtweg ein zynischer Umgang der Koalitionsfraktionen, den Antrag auf Abschiebestopp zur Beratung in einen parlamentarischen Ausschuss zu überweisen und unterdessen die menschenunwürdigen Abschiebungen von Familien in eine vor allem in den kalten Wintermonaten Existenz bedrohende Lebenssituation unvermindert fortzusetzen“, kritisiert Sabine Berninger, migrationspolitische Sprecherin der Linksfraktion. ■

Personalmangel an den Schulen

„An den Thüringer Gemeinschaftsschulen, aber nicht nur da, ist der Lehrermangel ein gravierendes Problem. Die Umsetzung des längeren gemeinsamen Lernens zu gewährleisten und eigene Schulkonzepte umzusetzen, ist auch abhängig von ausreichenden personellen Ressourcen“, betont MdL Michaela Sojka. Für Pädagogen seien beispielsweise ständige Abordnungen und häufiger Vertretungseinsatz äußerst kontraproduktiv, was „leider zunehmend tägliche Praxis an Thüringer Schulen ist“. „Bei der Umsetzung von u.a. Ganztagsangeboten werden zusätzliche Pädagogen benötigt, die wir in Thüringen momentan einfach nicht haben. Selbst der normale Unterricht ist bereits gefährdet“, so die LINKE Abgeordnete, die fast täglich SOS-Rufe von Pädagogen erreichen. ■

Nicht auf Kosten der Rechtsuchenden

Im Zusammenhang mit Medienberichten zur Überlastung der Thüringer Sozialgerichte und Klagen der Sozialrichter über ein sehr problematisches Arbeitspensum des richterlichen und nichtrichterlichen Personals forderte MdL Ralf Hauboldt, Justizpolitiker der Linksfraktion, die Überwindung von Hartz IV. Die SGB II-Regelungen müssten dringend klarer und eindeutiger zugunsten der betroffenen Leistungsberechtigten formuliert und angewendet werden. „Entlastung der Sozialgerichte ja, aber nicht auf Kosten der rechtsuchenden und Bürger“. Die Sozialgerichte müssten seit Jahren den Murks des Bundesgesetzgebers und die Überforderung der ARGEN bzw. Jobcenter ausgleichen. ■

Justiz in Sachsen kriminalisiert weiter friedlichen Protest gegen Neonazismus

Bodo Ramelow: Maßloser Verfolgungswahn von Dresdner Staatsanwaltschaft und Amtsgericht

Gegen einen durch das Amtsgericht Dresden erlassenen Strafbefehl wegen des Vorwurfs der Störung einer Versammlung hat Bodo Ramelow durch seinen Rechtsanwalt am 6. Januar Einspruch eingelegt. Das Amtsgericht Dresden hat Anfang des Jahres einen Strafbefehl über 20 Tagessätze zu je 170 Euro erlassen und wirft dem Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Thüringer Landtag vor, am 13. Februar 2010 eine Blockade gegen den Aufmarsch der rechtsextremistischen Jungen Landsmannschaft Ostpreußen in Dresden „maßgeblich initiiert“ zu haben und damit eine „grobe Störung“ im Sinne des § 21 Versammlungsgesetz verursacht zu haben.

„Es ist nicht zu akzeptieren, dass diejenigen durch die Justiz in Sachsen kriminalisiert werden, die mit ihrer Teilnahme an friedlichen Protesten gemeinsam mit Tausenden Menschen verhindert haben, dass der größte Naziaufmarsch in Europa in Dresden seine menschenverachtende Ideologie durch die Straßen tragen kann“, erklärt dazu Bodo Ramelow. Der Abgeordnete weist den Vorwurf der maßgeblichen Initiierung durch seine Person als „konstruiert und absurd“ zurück. „Der Strafbefehl gehört meines Erachtens in die Reihe maßlosen Verfolgungswahns der Dresdener Staatsanwaltschaft und

des Amtsgerichtes, die mit der grundrechtswidrigen Handyüberwachung einer ganzen Stadt begann, einen Höhepunkt mit dem ungeheuerlichen Vorgehen gegen den Jenaer Stadtjugendpfarrer Lothar König hatte und sich nun mit der versuchten Abstrafung einzelner Teilnehmer an den friedlichen Protesten gegen den neonazistischen Aufmarsch fortsetzt.“ Der Strafverteidiger



von Bodo Ramelow sprach im Zusammenhang mit dem Strafbefehl von einer „ausgemachten Unverfrorenheit“, die in ein „rundes Bild von der Sächsischen Justiz“ passe.

„Kein politischer Prozess gegen Lothar König“, so der Titel einer gemeinsamen Erklärung, über die die Vorsitzenden der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, Anja Siegesmund, der LINKEN, Bodo Ramelow, und der

SPD, Uwe Höhn, auf einer gemeinsamen Pressekonferenz am 16. Dezember im Landtag in Erfurt (s. Foto) informierten. Zusammen mit weiteren Personen des öffentlichen Lebens aus Thüringen und Sachsen – unter ihnen der Jenaer Oberbürgermeister Albrecht Schröter und der Thüringer Wirtschaftsminister Matthias Machnig – verurteilen sie in der Resolution das

Vorgehen der sächsischen Justiz gegen den Jenaer Jugendpfarrer Lothar König. Es sei der Eindruck entstanden, „dass die sächsischen Behörden dem linken Auge mehr zuneigen als dem rechten“, heißt es in der Erklärung.

Bodo Ramelow betonte auf der Pressekonferenz, dass eine Kriminalisierung bürgerschaftlichen Engagements gegen Neonazismus nicht zugelassen werden dürfe. Jetzt gelte es erst recht, „Gesicht gegen braunen Ungeist zu zeigen“. Dies sei die „höchste Form der Solidarität mit Lothar König – je mehr Menschen zum Protest gegen Naziaufmärsche im Februar 2012 nach Dresden fahren, umso besser“. ■

Erfolg für erstes Bürgerbegehren auf Landkreisebene: Kneippsschule gerettet

Mit großer Mehrheit hatte sich am 4. Januar der Kreistag des Ilmkreises für den Erhalt des Schulstandortes der Grundschule in Stützerbach ausgesprochen. Damit konnten die Initiatoren des ersten Thüringer Bürgerbegehrens auf Landkreisebene einen Erfolg feiern. Mehr als 18.000 Unterschriften waren für den Erhalt der Kneipp-Schule Stützerbach zusammengekommen, fast drei Mal so viele wie nötig gewesen wären.

„Das Einlenken des Kreistages zeigt, welche Kraft die direkte Demokratie entfalten kann“, erklärte dazu der Sprecher des Landesvorstands von Mehr Demokratie Thüringen, Ralf-Uwe Beck. Der Vorsitzende der Kreistagsfraktion der LINKEN, Eckhard Bauerschmidt, berichtete: „Mehr als 50 Gäste, die extra mit dem Bus aus Stützerbach angereist waren, verfolgten die Entscheidung des Kreistages. Sie wurden Zeugen einer verlogenen Diskussion von CDU, Freien Wählern und FDP und eines engagierten Auftretens der Fraktionen von LINKEN und SPD/Grüne. Die CDU begründete ihren Vorschlag, den Kreistagsbeschluss zur Schulschließung aufzuheben, mit den Kosten, die dafür notwendig wären, die über 18.000 Unterschriften zu prüfen und den Bürgerentscheid durchzuführen. Als lächerlich habe ich diese Begründung bezeichnet und stattdessen Schlussfolgerungen für künftige Entscheidungen verlangt, Offenheit und Transparenz. Mit stehendem Beifall begrüßten die angereisten Vertreter der Elterninitiative den Beschluss und bedankten sich bei den sie unterstützenden Fraktionen von SPD/Grünen und Linkspartei.“

Das Foto war am 14. Dezember im Landtag entstanden, wo die Stützerbacher Elterninitiative „Lasst die Schule im Dorf!“ den vom Kommunalpolitischen Forum Thüringen verliehenen Initiativpreis 2011 eingelöst hatte. Der Preis war ihnen im Oktober auf Vorschlag der Linksfraktion des Kreistages des Ilmkreises auf Schloss Heidecksburg in Rudolstadt verliehen worden. An einer Diskussionsrunde mit der Bürgerinitiative, darunter auch einige Schüler der Grundschule, hatten die Abgeordneten der Linksfraktion, Martina Renner, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Heidrun Sedlacik, Vorsitzende des Kom-



munalpolitischen Forums, Michaela Sojka, bildungspolitische Sprecherin, und Petra Enders, die sich persönlich für das Bürgerbegehren vor Ort stark engagierte hatte, teilgenommen. ■